

## Weinfest-Attacke: Haft für „sinnlose Gewalteskalation“

LANDAU (güw). Die Jugendkammer des Landgerichts Landau hat gestern zwei 21 Jahre alte Männer aus Hauenstein (Kreis Südwestpfalz) beziehungsweise Böchingen (Kreis Südliche Weinstraße) wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung in mehreren Fällen zu Jugendstrafen verurteilt.

Ein Kraftfahrzeug-Mechatroniker muss zweieinhalb Jahre hinter Gitter. Sein Freund, ein gelernter Metzger, erhielt 15 Monate Haft, bei ihm wurde die Strafe gegen Auflagen zur Bewährung ausgesetzt. Der dritte Angeklagte, ein 20-Jähriger aus dem rheinhessischen Ginsheim-Gustavsburg, kam mit einer Verwarnung davon.

Das Trio hat in der Nacht zum 24. August vergangenen Jahres bei „einer sinnlosen Gewalteskalation“, so der Vorsitzende Richter Helmut Kuhs, auf der Rückkehr von einem Weinfest im Landauer Stadtteil Wollmesheim auf eine Gruppe von fünf Personen mit einem Schlagstock eingeschlagen, einen Mann mit Fäusten traktiert, drei Personen eine Böschung hinuntergestoßen. Eine Frau wurde durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzt, ein Mann erlitt erhebliche Prellungen durch Schläge und Tritte, die ihn trafen, als er bereits am Boden lag.

In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, diese unfassbare Straftat sei ausgelöst worden, weil sich die drei unter Alkohol- und teilweise Cannabiseinwirkung stehenden jungen Männer durch die Gruppe provoziert gefühlt hätten. Dabei seien die beiden 21-Jährigen mit großer Aggression vorgegangen. Die Kammer fragte sich, wie bei diesem nächtlichen Zusammentreffen auf einem Wirtschaftsweg die Sicherung so habe aufspringen können, dass es ein solch brutales Vorgehen gegeben habe.

Das Gericht sah aus rechtlichen Gründen davon ab, eine Verurteilung wegen schweren Raubes (Wegnahme eines Handys unter Schlägen) und versuchten Totschlags vorzunehmen.

# Caritas muss schlanker werden

Mit strafferer Struktur und dem Abbau von 100 Stellen soll Kirchensteuer-Rückgang ausgeglichen werden

SPEYER (jüm). Der Caritasverband in der Diözese Speyer will voraussichtlich bis Ende nächsten Jahres rund 100 Stellen abbauen und zusammen mit weiteren Maßnahmen rund 4,3 Millionen Euro einsparen. Dies teilte gestern Verbandsvorsitzender Karl-Ludwig Hundemer auf Anfrage mit. Betriebsbedingte Kündigungen seien nicht vorgesehen.

Die Schere zwischen sinkenden Kirchensteuer-Einnahmen auf der einen und den Ausgaben für die tarifgebundenen Mitarbeiter auf der anderen Seite klappte immer weiter auseinander, machte Hundemer gegenüber der RHEINPFALZ deutlich. Deshalb sei es notwendig geworden, für den Caritasverband eine neue, schlankere Struktur zu schaffen, die auch mittelfristig Bestand habe.

Allein im laufenden Jahr müsse die Caritas in der Diözese Speyer bei einem Gesamtetat von rund 150 Millionen Euro mit zwei Millionen Euro weniger an Kirchensteuer-Einnahmen auskommen, erläuterte Hundemer, der seit dem Frühjahr zusammen mit Direktor Vinzenz du Bellier die neue Caritas-Doppelspitze bildet. Er dankte ausdrücklich den momentan 2700 Mitarbeitern, die bereit gewesen seien, durch einen Verzicht auf ein Drittel ihres Weihnachtsgeldes einen bereits im laufenden Jahr notwendig gewordenen Sparbeitrag zu leisten. Dadurch hätten betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden können. Der bis Ende 2010 geplante Personalabbau solle hauptsächlich über auslaufende Zeitverträge bewältigt werden.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer schlankeren Caritas-Struktur hat der Vorstand eine neue Aufbauorganisation beschlossen: Die bestehenden vier Sparten sollen ab kommenden Jahr zu nur noch zwei Sparten zusammengefasst werden. Dabei sollen die Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe in der neuen gemeinsamen Sparte Wohnen-Pflege-Betreuung zusammengeführt werden. Die Caritas-Zentren in den Dekanaten werden mit den Bera-



Bietet Menschen mit geistigen Behinderungen ein Zuhause: Das St. Paulusstift in Herxheim. Das Archivfoto entstand bei einem Sport- und Spielfest. Die Einrichtung soll mit anderen südpfälzischen Caritas-Institutionen zusammengelegt werden.

ARCHIVFOTO: VAN

tungsdiensten der Kinder- und Jugendhilfe vereint. In der neuen Organisation sollen stationäre und ambulante Einrichtungen nach Hundemers Worten integriert werden. Durch die Zusammenlegung von Einrichtungen will die Caritas die Zahl von derzeit noch 70 auf künftig 30 bis 35 Einrichtungsleiter reduzieren. Vorgesehen ist bei den Behinderten-

- in der Südpfalz das St. Paulusstift in Landau, St. Laurentius in Herxheim sowie das St. Paulusstift Völkersweiler mit seinen künftigen Standorten in Annweiler und Gossersweiler-Stein zusammenzulegen.
- in Ludwigshafen fusioniert die stationäre Einrichtung für psychisch kranke Menschen St. Jo-

hanne mit der ambulanten Betreuung im Max-Hochrein-Haus.

- Im Saarpfalkreis wird das Edith-Stein-Haus in Blieskastel mit den ambulanten Diensten für psychisch Kranke in St. Ingbert, Homberg und Blieskastel zusammengeführt.
- Das Haus Sonne Zweibrücken fusioniert über die Landesgrenze hinweg mit den Heilpädagogischen Diensten in St. Ingbert. Die Standorte werden erhalten, die Behinderten bleiben in ihren gewohnten Einrichtungen, betonte Hundemer. Allerdings werde es künftig für mehrere Einrichtungen nur noch eine Leitung geben.

Die Caritas-Zentren in den Dekanaten sollen künftig als zentrale Anlaufstelle für alle Angebote ausgebaut

werden. Derzeit sei beispielsweise in Gernersheim das Caritas-Kreuz noch an sechs verschiedenen Stellen in der Stadt anzutreffen, erläuterte Hundemer. Künftig werde es eine Zentrale vergleichbar den Bürgerbüros in den Städten geben. Unter einem Dach sollen sich sowohl integrierte Beratungsangebote der Allgemeinen Sozial- und Lebensberatung, der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung, der Suchtberatung als auch der Kinderschutzdienste wiederfinden.

Zu dieser neuen Caritas-Sparte werden auch die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Kaiserslautern und Ludwigshafen, die Sozialkaufhäuser „Warenkorb“ wie auch die Jugendhilfeeinrichtung St. Rafael in Altleiningen zählen.

## AN RHEIN UND SAAR

### Schweigt Maxim Beck?

TRIER/DRESDEN (swz). Ob der fast zwei Monate lang vermisste Trierer Student Maxim Beck (28), der vor einer Woche in Rumänien wieder aufgetaucht war, inzwischen von der Polizei vernommen wurde, blieb gestern unklar. Nach Informationen der „Sächsischen Zeitung“ hat die Dresdner Polizei gestern versucht, Maxim Beck zu befragen. Der 28-jährige Student habe jedoch zu den Hintergründen seines Verschwindens und zu seiner Odyssee zu diesem Zeitpunkt keine Angaben machen wollen, hieß es. Eine Bestätigung der Polizei dafür gab es aber gestern nicht. Beck war von seiner Familie, die in Dresden lebt, als vermisst gemeldet worden, weil er nicht – wie verabredet – am 30. Juli zu Besuch gekommen und auch auf dem Handy nicht erreichbar war. Umfangreiche Suchaktionen im Raum Trier blieben erfolglos. Am Dienstag meldete sich der 28-Jährige, wie berichtet, völlig überraschend in der rumänischen Stadt Oltenita, 60 Kilometer südlich von Bukarest, bei der Polizei und gab an, er sei entführt worden. Am Donnerstag kehrte er zu seiner Familie nach Dresden zurück.

## PFALZ KOMPAKT



**Demo gegen stinkende Toiletten**  
Die Toiletten der Frankenthaler Friedrich-Ebert-Grundschule haben gestern eine Demonstration provoziert: Eltern und Schüler protestieren gegen deren Gestank. Außerdem sorgen sich die Erwachsenen um die Sicherheit ihrer Kinder, weil die Toiletten über den Schulhof frei zugänglich sind. Spätestens für 2010 sei ein Umbau eingeplant, versicherte die Stadtverwaltung. Noch in diesem Monat solle im Stadtratsausschuss ein entsprechender Beschluss für die rund 225.000 Euro teure Maßnahme getroffen werden. (spi/Foto: Bolte)

**Haus des Jugendrechts**  
Nun hat auch Kaiserslautern ein Haus des Jugendrechts: Die dritte Einrichtung dieser Art in Rheinland-Pfalz wurde gestern eingeweiht. Anders als in Ludwigshafen und Mainz fehlt jedoch in diesem Fall die Stadt: Unter einem Dach arbeiten mit Staatsanwaltschaft, Polizei und Pfälzischem Verein für soziale Rechtspflege, dem früheren Pfälzischen Verein für Strafhilfe, nur drei Partner zusammen. Bei der Einweihung appellierten sowohl Innenminister Bruch als auch Justizminister Bamberger an die Stadt, sich doch noch zu beteiligen. Mit den Einrichtungen sollen in Rheinland-Pfalz Jugendstrafverfahren verkürzt und Jugendkriminalität bekämpft werden. Derzeit laufen nach Bambergers Angaben auch in Koblenz und Trier Gespräche für ein Haus des Jugendrechts. (zs)

**Entscheidung in zwei Wochen**  
Dürfen Elternbeiträge für das Essen in Kindergärten auch pauschal abgerechnet werden? Darüber hat das Oberverwaltungsgericht gestern verhandelt, eine Entscheidung soll in den nächsten zwei Wochen erfolgen. Dem Streit liegt, wie gestern berichtet, ein Fall aus Freinsheim (Kreis Bad Dürkheim) zugrunde. (swz)

**Knochenmark-Typisierung**  
In erster Linie zugunsten des an Leukämie erkrankten Michael Doell aus Diekirchen (Donnersbergkreis) wird am Samstag von 10 bis 16 Uhr in der Appellhalle in Gerbach eine Knochenmark-Typisierungsaktion organisiert. Veranstalter ist die Deutsche Knochenmark-Spenderdatei-Gesellschaft. Beteiligten können sich Personen von 18 bis 55 Jahren. Bei dem 20-Jährigen ist im Juni die sehr seltene NK-Zell-Leukämie festgestellt worden. Zwei Chemotherapien haben die Krankheit zwar vorläufig gestoppt. Heilung ist aber nur möglich, wenn sich ein passender Stammzellen-Spender findet. (kra)

## HEIT SCHUNN GELACHT?

„Na Kurt, hoschte eigentlich dein Heiratsantrag bei de Liesel angebrocht?“ „Ja, awer ich muss noch e bissel waate. Sie hot gesaat, ich wär de Letschte, wu se heirat...“ (waw)

## EINWURF

### Abrüstung

VON ARNO BECKER

Es war jahrelange Praxis, ausgediente Pistolen der rheinland-pfälzischen Polizei an Private abzugeben. Jetzt ist Abrüstung angesagt, und künftig werden alle Schießwaffen unbrauchbar gemacht. Das ist gut so – auch wenn die bisherige, durch Waffenschein berechtigte Kundschaft ihren Bedarf sicher an anderer Stelle decken wird und das Land auf einige hunderttausend Euro Einnahmen verzichten muss. Es kann einfach nicht sein, dass Polizeipistolen in andere Hände gegeben werden mit dem Risiko, dass sie in Ausnahmefällen für Straftaten verwendet werden. Und der staatliche Waffenhandel verbietet sich auch deshalb, weil nach jeder schweren Bluttat Politiker nach Verschärfung des Waffenrechts rufen.

# Land verkauft keine Pistolen mehr

Innenminister: Ausgediente Polizeiwaffen werden künftig unbrauchbar gemacht

MAINZ (nob). Das rheinland-pfälzische Innenministerium will künftig keine ausgedienten Polizeipistolen mehr verkaufen, sondern die Waffen allesamt unbrauchbar machen lassen.

Dies sagte Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) gestern der RHEINPFALZ. Bisher hat das Land ausrangierte Dienstwaffen zumindest teilweise über eine Verwertungsgesellschaft des Bundes an private Waffenscheininhaber zur weiteren Verwendung abgegeben. Wie viele funktionsfähige Pistolen so zum Beispiel bei Sportschützen gelandet sind, ist nicht bekannt, nach früheren Angaben waren es allein seit 2007 rund 400 Waffen.

Nach dem Amoklauf in einer Schule im baden-württembergischen



Karl P. Bruch

Winnenden war bekannt geworden, dass Rheinland-Pfalz zu den Ländern gehört, die ihre ausgedienten Polizeipistolen teilweise verwerten, wie es im Fachjargon heißt. Das Mainzer Innenministerium hatte daraufhin eine Überprüfung der bisherigen Praxis angekündigt.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um Amokläufe und Gewalt seien die bisher üblichen Waffenverkäufe nicht mehr vertretbar, sagte Bruch. Der Ministerrat teile diese Einschätzung. Das geltende Haushaltsrecht verlange eigent-

lich, für ausgediente Ausrüstung nach Möglichkeit noch einen Erlös zu erzielen. Der Finanzminister habe die Änderung der bisherigen Praxis ebenfalls gebilligt.

Der Verzicht auf die Waffenverkäufe hat spürbare Auswirkungen auf die Landeskasse. Laut Innenministerium sollen bis 2012 nach und nach alle Dienstpistolen der rheinland-pfälzischen Polizei durch neue Dienstwaffen ersetzt werden. Nach Einschätzung Bruchs hätten dabei aus dem Verkauf alter Waffen rund 750.000 Euro erzielt werden können. Auf diese Einnahmen wird nun verzichtet. Stattdessen werden etwa 5000 Euro fällig, um die Waffen unbrauchbar zu machen. Die Anschaffung der neuen Pistolen wird bis 2012 insgesamt 6,8 Millionen Euro kosten. (Foto: LM)

## Demenz: Netzwerk eingerichtet

MAINZ (epd). Das rheinland-pfälzische Sozialministerium und die Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) haben ein „Landes-Netzwerk Demenz“ eingerichtet. Die neue Koordinierungsstelle solle den Austausch von Fachkräften fördern und als Kompetenzzentrum helfen, innovative Projekte bei der Betreuung Demenzerkrankter auf den Weg zu bringen, sagte Sozialministerin Malu Dreyer gestern in Mainz. Derzeit gebe es zwar noch keine Möglichkeit, Demenzerkrankungen zu heilen, jedoch viele Ansätze, den Verlauf positiv zu beeinflussen. Schätzungen zufolge leben in Rheinland-Pfalz rund 70.000 an Demenz erkrankte Menschen. Bis 2050 werde sich die Zahl wohl verdoppeln, so Dreyer. Ohne innovative Betreuungsmethoden sei die Altenpflege mit dieser Aufgabe überfordert. Info: www.demenz-rlp.de. ZEITGESCHEHEN

## Virus-Alarm: Passagiere in Klinik

BERNKASTEL (ddp). Zehn Passagiere eines österreichischen Kreuzfahrtschiffes auf der Mosel sind offenbar am Norovirus erkrankt.

Zwei Passagiere mussten am Sonntag zur Behandlung in ein Krankenhaus in Bernkastel-Kues (Landkreis Bernkastel-Wittlich) gebracht werden, konnten dieses aber zwischenzeitlich wieder verlassen, wie ein Sprecher des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg gestern sagte. Wahrscheinlich habe ein Mitreisender den möglichen Virus an Bord mitgebracht, hieß es bei der Behörde. Insgesamt hatten zehn der rund 130 Reisenden Symptome gezeigt. Von vier der Erkrankten seien Stuhlproben genommen worden, die nun untersucht würden, erläuterte der Sprecher. Die Erkrankten, die alle aus Norwegen stammen, seien inzwischen mit ihrer Reisegruppe zurück nach Hause geflogen worden. Das Schiff liegt derzeit noch in Mehring. Die Ansteckungsgefahr sei minimal, sagte der Sprecher. Die Gesundheitsbehörden wurden am Sonntagmittag informiert, nachdem einige Passagiere auf der Fahrt über Bauchschmerzen und Fieber geklagt hatten. Das Schiff setzte seine Reise Richtung Luxemburg zunächst fort, die Erkrankten wurden isoliert in ihren Kabinen an Bord untergebracht.

# Klemmshof-Eigentümer haften für Ausfälle

Rettung der Fundamente kostet wohl weniger als eine Million Euro – Zugangszeit gestern verlängert

NEUSTADT (boe/sab). Wenn einzelne Wohnungsbesitzer im Neustadter Klemmshof die hohen Kosten der Sanierung nicht stemmen können, muss die Hauseigentümer-Gemeinschaft dafür haften. Derzeit sei aber ausreichend Geld auch für die Notfallmaßnahmen zur Sicherung der 90 Fundamente vorhanden, sagt die Hausverwaltung.

„Gesamtschuldnerische Haftung“ ist der juristische Fachbegriff für diesen Sachverhalt. Dabei muss jeder Miteigentümer bis zu dem Prozentsatz einspringen, der seinem Eigentumsanteil am Gesamtobjekt entspricht. Martin von Hauff, Geschäftsführer der Treubau GmbH, die den Gebäudekomplex verwaltet, bestätigt, dass bei einigen Bewohnern die Umlagen für die Sanierung bereits die finanziellen Möglichkeiten überschritten. Vorerst würden aber aufgrund der bedrückenden Situation keine Mahnverfahren eingeleitet. Die Rettung der Fundamente, die in zu weichem Untergrund stehen, werde „deutlich unter einer Million Euro“ kosten, schätzt von Hauff. 6,75 Millionen Euro seien bereits für die bisherige Sanierung der Tiefgarage aufgewandt worden. Was die weitere Sanierung noch kosten werde, sei noch



Zwei Feuerwehrmänner begleiten eine Klemmshof-Bewohnerin für einen kurzen Aufenthalt in ihre Wohnung. Wegen der Sanierungsarbeiten und der Instabilität ist der Gebäudekomplex voraussichtlich für die nächsten zwei bis sechs Wochen nicht bewohnbar. FOTO: LM

nicht abzuschätzen, da mehrere Verfahren geprüft würden. Von Hauff demontiert aber die Summe von insgesamt 17 Millionen Euro, die in Bewohnerkreisen gehandelt wird.

Wie berichtet, hatten am Samstag rund 130 Bewohner die 89 Wohnungen wegen der Sanierungsarbeiten an dem instabilen Komplex verlassen müssen. Plötzliche Setzungen und erdbebenartige Erschütterungen in dem Gebäude sind derzeit nicht ausgeschlossen. Für die ausquartierten Bewohner hat der Alltag im Außergewöhnlichen begonnen. Sie haben 23 Ausweichunterkünfte bezogen. Viele von ihnen haben gestern ab 17 Uhr versucht, noch vergessene Dinge aus ihren Wohnungen zu holen. Das dafür vorgesehene Zeitfenster bis 19 Uhr wurde wegen des Andrangs verlängert. Es kam zu beträchtlichen Wartezeiten, weil jeder Bewohner nicht nur mit Helm ausgestattet, sondern auch von zwei Feuerwehrleuten begleitet werden muss. Dabei wurden nur triftige Zugangsgründe wie beispielsweise vergessene Medikamente oder Brillen akzeptiert.

Neustadts Kulturdezernent Marc Weigel bereitet ein Benefiz-Konzert vor. Die Stadt hat ein Spendenkonto (5066105, Sparkasse Rhein-Haardt, (BLZ: 546 512 40) eingerichtet.